



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/172 - 27.7.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum Schlesiartreffen in Köln	S. 1
Waffenstillstand in Korea	S. 3
Der Widerstand ist nicht erloschen - Die Lage in der Sowjetzone -	S. 5
Buchbesprechung: Berlin im Würgegriff	S. 7

Heimatvertriebene fordern ihr Recht

O.H. Zwei Veranstaltungen der Heimatvertriebenen haben am vergangenen Wochenende in der Bundesrepublik im Vordergrund des politischen Geschehens gestanden: Das Bundestreffen der Schlesier in Köln und das der Westpreußen in Hannover. Insbesondere durch die 350000 nach Köln geströmten Schlesier wurde die dynamische Kraft der Vertriebenenbewegung in Deutschland in einer Weise unterstrichen, daß sie hoffentlich auch im Ausland nicht ohne Eindruck bleiben wird.

Beide Veranstaltungen haben die seit Monaten zu beobachtende Verlagerung des Schwergewichts der Vertriebenenverbände von den rein kulturpflegerischen und wirtschaftlich-sozialen Aufgaben zu den Fragen der ostdeutschen Heimat deutlich unterstrichen. Auch die fortschreitende Wandlung der inneren Struktur der Heimatvertriebenen in Richtung einer Wiederbelebung der alten sozialen, geistigen und ständischen Organisationen wurde mehr als bisher sichtbar; in Köln u.a. über 100 Sonderveranstaltungen der Schlesier. Wie weit der bisherige Rahmen landsmannschaftlicher kulturpflegerischer Heimatpolitik bereits gesprengt ist, zeigte sich in Köln durch das Hervortreten von vier Rednern internationaler Gremien, so eines Vertreters der Europa-Union, des russischen antibolschewistischen Koordinationszentrums, sowie je eines Redners aus England und Amerika.

Es ist selbstverständlich, daß angesichts dieses unsichtbar herausgestellten Mottos der Veranstaltung auch alle deutschen Redner das Recht auf die Rückkehr in die Heimat in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellten. Ebenso selbstverständlich war es aber auch allen, daß diese Rückkehr nicht durch einen neuen Krieg, nicht an neuen Gräbern vorbei vollzogen werden darf. Nicht mehr als nur das hat auch der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe gesagt, nur daß er zum Unterschied von der völlig farblosen und kühlen Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer den Mut hatte, konkret zu umreißen, auf welchem Wege das geschehen kann und muß, nämlich durch ein künftiges friedliches Zusammenleben von Deutschen und Polen in den Gebieten östlich der Oder und Neiße. Die Mißfallensäußerungen, die diese Erklärung auslöste, beweisen nur, daß die in weiten Kreisen der Heimatvertriebenen noch vorhandenen Ressentiments wegen der polnischen Verbrechen nach wie vor überaus groß sind und psychologische Voraussetzungen für eine europäische Lösung, wie sie ja von verantwortlichen Politikern aller parteipolitischen Schattierungen vertreten wird, erst noch geschaffen werden müssen.

Ein besonderes Merkmal der Veranstaltungen in Köln war die Zaghaftheit, ja Interesslosigkeit fast aller Redner gegenüber dem demokratischen gesamtdeutschen Gedanken. Diese Tendenz fand - ob beabsichtigt oder nicht sei dahingestellt - ihren sichtbaren Ausdruck u.a. darin, daß die einzige Bundesflagge schwarz-rot-gold auf dem Hauptpodium des Kundgebungsgeländes hinter der großen Schlesiertafel versteckt aufgestellt wurde. Wenn man dem die ostentative Begrüßung des Prinzen Oskar Ferdinand von Preußen und die demonstrative Hervorhebung des Preußentums durch den BHE-Minister Schellhaus in der festlichen Stunde gegenüberstellt, so scheint eine Erklärung für die getroffene Feststellung gegeben zu sein.

+ + +

Lehren des Koreakrieges

K.K. Die militärische Phase des Koreakrieges ist durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Panmunjom mit einem Unentschieden vorläufig abgeschlossen worden. Es gibt weder Sieger noch Besiegte - mit Ausnahme des koreanischen Volkes, dessen Wirtschaft, Städte und Dörfer verwüstet oder vernichtet sind und das jahrelang auf ausländische Hilfe angewiesen sein wird. Es hat den Krieg auf jeden Fall verloren, gleich ob es unter kommunistischer Herrschaft im Norden oder unter der Syngman Rhoes im Süden lebt.

Dem Abschluß der militärischen Operationen soll die politische Bereinigung des Konflikts folgen, eine Aufgabe, die nicht minder schwierig ist, ja vielleicht die Meinungsverschiedenheiten noch schärfer zum Ausdruck bringen wird als der Kampf auf dem Schlachtfeld. Es liegt auf der Hand, daß eine Korearegelung, die Bestand haben soll, nur möglich ist, wenn gleichzeitig eine Reihe anderer Fragen geklärt werden. Dazu gehören an erster Stelle die Vereinigung Koreas mit friedlichen Mitteln und die Stellung des kommunistischen Chinas zu den Vereinten Nationen. Hier wird eine Frage nicht von der anderen zu trennen sein, und beide Seiten, hier Peking und Moskau, dort Washington, sind in ihrer Haltung weitgehend festgelegt. Die Kommunisten werden auf der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO bestehen, die Amerikaner werden vermutlich ebenso beharrlich opponieren, solange nicht die Gewähr gegeben ist daß Peking sich tatsächlich an die Charta der Vereinten Nationen hält oder, mit anderen Worten, bereit ist, seine Position in Korea aufzugeben.

Obgleich also der Waffenstillstand noch keineswegs Frieden bedeutet, ist doch zunächst die Gefahr einer Ausweitung des Krieges gebannt, ja darüber hinaus die Hoffnung zum Beginn einer allgemeinen Regelung gegeben. Diese Tatsache erscheint umso bemerkenswerter, als der Waffenstillstand mit den trotz vieler berechtigter Vorbehalte unverkennbaren Tendenzen in Ost und West zusammenfällt, zu einem modus vivendi zu gelangen. Die Motive dieses Strebens mögen durchaus verschieden sein, es ist aber kaum zu betreiten, daß die neue Situation, wie sie z.B. der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens von Panmunjom entstehen läßt, ihrerseits Keime zu neuen Entwicklungen in sich trägt. Den Waffenstillstand zu brechen, wird keine der beiden Parteien auf sich nehmen wollen

Dieser Tatbestand beantwortet zum Teil bereits die Frage nach den Lehren des Koreakrieges. Der bewaffnete Angriff hat sich für die Kommunisten nicht gelohnt. Er führte nicht nur in Korea militärisch zu keinem Ergebnis, sondern er löste darüber hinaus die Aufrüstung des Westens aus, die nun wiederum den Kommunismus nach einem globalen Waffenstillstand streben läßt. Da andererseits der Aggressor auch nicht geschlagen werden konnte, sondern im Gegenteil militärisch stärker denn je in Korea steht, ist auch für den Westen das Ergebnis unbefriedigend. Der Krieg hat sich für niemanden bezahlt gemacht. Keine der beiden Parteien suchte aber auch die Entscheidung. Die USA haben sich nicht entschlossen, die vorhandene militärische Macht des Kommunismus voll auf die Probe zu stellen. Die Kommunisten riskierten es nicht, das ganze militärische Potential des Westens in Bewegung zu setzen. So war der Koreakrieg vom Standpunkt der Militärs "sinnlos", (MacArthur: Das Ziel des Krieges ist der Sieg), vom Standpunkt des Politikers dagegen zeigte er ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte. Das Vorhandensein dieses Gleichgewichts engt die Möglichkeiten zur Überrumpelung des einen durch den anderen ein, es vermindert die Aussichten auf ein Zurückdrängen des Kommunismus, aber es schaltet bis zu einem gewissen Grad auch die Gefahr eines Weltkrieges aus.

Diesen Lehren heißt es offen ins Gesicht sehen, wenn, wie bei Ausbruch des Koreakrieges, auch bei seinem Abschluß die Parallele zu Deutschland gezogen werden sollte. Gewiß - die Verhältnisse hier und dort sind nicht unbedingt zu vergleichen. Korea hat letzten Endes eine zweitrangige strategische Bedeutung, der Besitz Deutschlands dagegen entscheidet über die Machtverhältnisse in Europa. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die USA in Panmunjom konzessionsbereit waren, nachdem Eisenhower vor seiner Wahl zugesichert hatte, er werde den Frieden herbeiführen. Keine Regierung der Vereinigten Staaten wird militärische "Kreuzzüge" führen wollen, wenn sie sich auch noch so nachdrücklich für die Freigabe der von den Kommunisten nach 1945 eroberten Gebiete einsetzen wird. Insoweit rechtfertigt der vorläufige Ausgang des Koreakrieges die These, daß auch die deutsche Frage nur durch Verhandlungen geklärt werden kann. Nach der Unterzeichnung in Panmunjom liegt ein besonders überzeugender Anlaß vor, alle Möglichkeiten zu solchen Verhandlungen mit echten politischen Mitteln zu erkunden. Wenn Deutschland tatsächlich seine Freiheit und Einheit wiedererlangen soll, so wird es nur durch Konzessionsbereitschaft auf beiden Seiten dazu kommen.

+ + +

SED gegen Arbeiterwiderstand machtlos

EZ - Berlin

Trotz aller Versuche der SED, die Arbeiter der Sowjetzone, die sich am 17. Juni gegen das Terror-Regime der SED erhoben haben, als Opfer "westlicher Provokateure" hinzustellen, wofür der vor wenigen Tagen von Ulbricht in der Großkokerei Lauchhammer angekündigte Rachefeldzug gegen die "Schumacher-Leute" ein typisches Beispiel ist, wird die Ohnmacht der SED gegen den Widerstandskampf der Arbeiterschaft mit jedem Tag offensichtlicher. Da der Parteiapparat in den sowjetzonalen Großbetrieben, den Schlüsselpositionen des SED-Regimes, auch die letzte Spur von Respektabilität eingebüßt hat, soll die Gewerkschaftsorganisation, der kommunistische FDGB, als Auffangorganisation dienen.

Kein anderer als Ulbricht selbst setzt alles daran, diesen FDGB von der Schuld an der verfahrenen Lage freizusprechen, erklärte er doch in Lauchhammer, daß eben dieser FDGB an der Ausarbeitung der Regierungsverordnungen, die die Normerhöhung, die Rückstufung der Löhne und andere gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtete Maßnahmen betrafen, nicht beteiligt gewesen sei. Diese Freisprechung des FDGB war umso notwendiger, als die Arbeiter der Zone die letzte Hoffnung der SED immer mehr zunichte machen.

Die Kampfansage der Sowjetzonenarbeiter richtet sich heute in gleicher Weise gegen den FDGB wie gegen die SED. Bereits Anfang Juli lagen beim Bundesvorstand des FDGB Berichte vor, daß 30000 Sowjetzonenarbeiter ihren Austritt aus der "Gewerkschaft" erklärt hatten. Diese Bewegung hat sich seitdem von Tag zu Tag verstärkt. Vor wenigen Tagen erhielt die IG Eisenbahn eine Alarmmeldung, daß die Eisenbahner einer Stadt geschlossen die Weiterzahlung der FDGB-Beiträge abgelehnt hatten. Die Panik ist umso größer, als auch die anderen IGs befürchten, die anderen Arbeiter könnten sich ein Beispiel an dem Vorgehen der Eisenbahner nehmen. Die IG Eisenbahn in Ostberlin hat sich bereits ausgerechnet, daß künftig die Gewerkschaftsbeiträge auf 50 Prozent des bisherigen Standes sinken werden, und dies, obwohl schon bis zum 17. Juni die Verweigerung der Beitragszahlung eine Massenerscheinung war.

Angesichts der sich täglich mehrenden Anzeichen für neue Sitzstreiks - das "Langsamarbeiten" ist schon seit zwei Wochen zur Parole der Sowjetzonen-Arbeiter geworden - sah sich der Generalsekretär der SED zu einer Freisprechung des FDGB von jeder Schuld gezwungen, um auf diese Weise wenigstens die letzte Möglichkeit für ein Auffangen des Arbeiterwiderstandes zu retten. Nichts kann aber deutlicher als dieser taktische Schachzug die totale Ohnmacht der SED zeigen. Nachdem bereits der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, am 27. Juni die Nichtbeachtung der sozialen Interessen der Arbeiter durch den FDGB als Ursache für den Arbeiteraufstand eingestanden hatte, hatte auch das Zentralorgan der SED die "unzureichende Arbeit der Gewerkschaft" als Hauptgrund dafür angeprangert, daß die "Mehrheit der Arbeiter auf die Parolen der faschistischen Provokateure hereingefallen sei".

Bereits am 6. Juli aber mußte die Zeitung des FDGB, die "Tribüne", angesichts des zunehmenden Widerstandes der Arbeiter das Eingeständnis machen, daß nicht nur die gesetzlich sanktionierte Normerhöhung, sondern auch die "freiwillige Erhöhung der Normen" unzulässig sei. Diese Mitteilung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Betriebsorganisation der SED noch immer auf die Notwendigkeit "freiwilliger Normerhöhungen" zwecks Erhöhung der Arbeitsproduktivität hinwies.

Mit der Erklärung Ulbrichts in Lauchhammer, daß der FDGB nicht die geringste Schuld an der Verschlechterung des Lebensstandards der Sowjetzonenarbeiter trage, hat er die Vergeblichkeit aller Bemühungen um eine Rettung der Situation eingestanden. Die Ehrenrettung des FDGB kommt zu spät, als daß sie der SED und dem von ihr dirigierten FDGB aus der Patsche helfen könnte. Die Arbeiter der Sowjetzone haben ihre "Gewerkschaft" als Machtinstrument der sodistischen Terrorpartei erkannt, auch für sie geben sie keinen Pfifferling mehr. Mit der Vorbereitung einer neuen Streikbewegung, die freilich auf der Basis des einzelnen Betriebs durchgeführt werden wird, haben sie der SED die einzige mögliche Antwort gegeben.

+ + +

"Berlin im Würgegriff"

Der Freiheitskampf Berlins wird immer eines der erregendsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte bleiben. Auf die Stadt, in der sich, wie nirgends sonst, das deutsche Schicksal nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staates verkörperte, richten sich seit Jahren die Blicke der ganzen Welt besonders intensiv, bis diese Anteilnahme ihren Höhepunkt beim Arbeiteraufstand am 17. Juni fand.

Deshalb kann heute ein Buch auf ganz besonderes Interesse rechnen, das vor kurzem in der "arani"-Verlags-GmbH, Berlin-Grünwald, erschienen ist "Berlin im Würgegriff", von Arno Scholz, 559 Seiten und 38 Bildtafeln. In diesem Buch sind, als Fortsetzung der beiden 1948 und 1951 im gleichen Verlag erschienenen Bände "Politik am Kreuzweg" und "Kreuzwege der Politik", Leitartikel und Berichte des Herausgebers und Chefredakteurs der unabhängigen Berliner Tageszeitung "Telegraf", Arno SCHOLZ, aus den Jahren 1950 bis 1952 zusammengefaßt. Ein einleitendes Kapitel schildert in gedrängter Kürze den Beginn des Berliner Freiheitskampfes, ein weiteres ist der Berliner Presse in dieser Zeit gewidmet, den Abschluß bilden eine Chronik der Jahre 1945 bis 1952 und ein umfassendes Personen- und Sachregister.

Noch einmal werden hier die turbulenten Jahre lobendig, die die ehemalige und künftige deutsche Hauptstadt durchgemacht hat und für die es kaum ein Beispiel in der modernen Geschichte gibt. Der stattliche Band will keine zusammenhängende geschichtliche Darstellung und Wertung sein, dafür ist auch der zeitliche Abstand zu gering. Aber es ist nach Anlage und Form ein Bericht, vergleichbar einem Dokumentarfilm, der die verblaßte Aktualität auffrischt und aus der Vergangenheit so etwas wie eine neue Gegenwart entstehen läßt - eben durch die journalistischen Beiträge und eine große Anzahl vorzüglich ausgewählter Photos. Die zupackende, auf das Praktische gerichtete Art des Verfassers kennzeichnet das ganze Buch. Bericht und Urteil führen ohne Umschweife an den Kern der Dinge. Akademisch-abstraktes Politisieren gibt es nicht.

Der "Telegraf" ist während dieser Jahre in unzähligen Exemplaren und oft auf abenteuerlichem Wege bis in die letzten Winkel der Sowjetzone gelangt, er sprach die Sprache, die dort verstanden wurde und hat manchem dort neuen Mut und neue Hoffnung gegeben. Auch davon wird, unauffällig, berichtet. Er hat damit eine für ganz Deutschland entscheidend wichtige Aufgabe erfüllt. Bei dieser Gelegenheit sei auch dieser Tatsache dankend gedacht.

-u